

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/39. Jahrgang

Oktober 2008

Schutzgebühr: 0.30 E

Skandalöse Zustände im privatisierten Uni-Klinikum

Anfang September wurde bekannt, daß noch in diesem Jahr 500 Beschäftigte aus dem nichtmedizinischen Bereich in Servicegesellschaften ausgegliedert werden. Dort werden sie bei miesen Arbeitsbedingungen mit Niedriglöhnen abgespeist. In den ersten Jahren erhalten sie noch Ausgleichszahlungen aus einem Sozialfonds, dann landen sie in der Armutsfalle. Den Sozialfonds bezahlt angeblich der Rhön-Konzern. Tatsächlich hat der dort eingezahlte Betrag den eh schon geringen Kaufpreis vermindert und geht deswegen zu Lasten des einstigen Besitzers, also des Steuerzahlers.

Kurz nach diesem zu erwartenden Skandals kam der nächste: Immer mehr Beschäftigte und Patienten machen ihrem Unmut über die Zustände in dem profitorientiertem Kli-

nikum Luft. Die Beschäftigten leiden unter ständiger Überlastung und einem Klima der Einschüchterung und Angst. Immer weniger Personal muß immer mehr Patienten betreuen, bei zunehmendem Pflegebedarf wegen kürzerer Liegezeiten. Die in solchen Fällen eigentlich angebrachten „Über-



Mehr als 130.000 Klinikbeschäftigte demonstrierten am 25. 9. 08 in Berlin für bessere Arbeitsbedingungen.

lastungsanzeigen“ werden mit Drohungen seitens der Vorgesetzten verhindert, oder, wenn sie doch gestellt werden, nicht an die Klinikleitung wei-

Inhalt:

Unser Verhältnis zur "Partei Die Linke"	S.2
Stadttheater/E-Klo/Sicheres Gießen	S.3
Hartz IV: Anträge d. Linken + Protest	S.4
Kapital + Konsum/Jugendhilfe	S.5
NATO fördert Kaukasus-Krieg/Bücher	S.6
Karadzic/Leserbriefe/Hammerzahl	S.7
Bahn und TÜV/Termine	S.8

tergegeben. Patienten beklagen sich folgerichtig über mangelnde Pflege: Verbände werden nicht mehr rechtzeitig gewechselt, Waschen fällt schon mal aus, auf Notrufe erfolgt keine Reaktion. Niedergelassene Ärzte berichten, an das Klinikum überwiesene schwerkranke Patienten würden ohne endgültige Diagnose und ohne Therapieversuch wieder entlassen.

Die Klinikleitung weist alle Vorwürfe zurück. Die steigenden Patientenzahlen und der erzielte Gewinn (10% der Einnahmen gehen als Profit an die Aktionäre) würden doch zeigen, wie erfolgreich das Klinikum ist. Die steigenden Zahlen aber beweisen gar nichts. Nie-

(Fortsetzung Seite 3)



Auch das war Arbeit von 1-E-Jobbern

Dieser Zaun an der Nordanlage (vom Neustädter Tor bis zur Wetzsteinstraße) ist im Sommer endlich – nach etwa 30 Jahren – neu gestrichen worden. Erledigt wurde dies von 1-E-Jobbern – „unter Aufsicht eines Herren in bester Kleidung“, wie man uns mitteilte. - 1-E-Jobs sollen im öffentlichen Interesse liegen (gemeinnützig sein) und sich auf zusätzliche Arbeiten beschränken. Das sollen doch die zuständigen Stellen bei der Stadt in diesem Fall mal erklären.



Für Frieden und Sozialismus! DKP

Im Potsdamer Abkommen wurde festgelegt:

„Die Nationalsozialistische Partei, ihre Zweigeinrichtungen und die von ihr kontrollierten Organisationen sind zu vernichten; alle nazistischen Einrichtungen sind aufzulösen; es sind Sicherheiten zu schaffen, dass sie in keiner Form wiedererstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung ist vorzubeugen.“

Artikel 139 des Grundgesetzes der BRD bestätigt:

„Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt“, bleiben also in Kraft.

Die BRD bekräftigte 1973 in ihrem Antrag zur Aufnahme in die UNO nochmals:

„Das ausdrückliche Verbot von neonazistischen Organisationen und gleichfalls die Vorbeugung gegenüber nazistischen Tendenzen folgen aus dem Grundgesetz mit der Wirkung, dass die von den alliierten und deutschen Stellen erlassenen Gesetzgebung zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus weiterhin in Kraft ist.“

Geschichtsklitterung im Landtag

Janin Wissler, Landtagsabgeordnete der Linken, hatte auf die Aufforderung zur „Vergangenheitsbewältigung“ gekontert: Sie verlange dergleichen ja auch nicht von der SPD, die für die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verantwortlich sei (s. junge Welt v.10.9.08).

Das führte im Landtag zum Eklat. CDU und FDP warfen der Linkspartei „skandalöse Geschichtsklitterung“ vor, sprachen gar von einem „Angriff auf die Demokratie“ und bewiesen einmal mehr ihre historische Dummheit. Dabei ist die Schuld der SPD, insbesondere des damaligen Reichsinnenministers Noske, an diesen Morden hinlänglich bewiesen*), weswegen J. Wissler auch keinerlei Anlaß sah, ihre Worte zurückzunehmen.

*) Sehr detailliert nachzulesen z.B. in dem empfehlenswerten Buch von Sebastian Haffner: „Der Verrat. Deutschland 1918/1919“, Verlag 1900 Berlin

3. Oktober - Tag der Lügen

Der 3. Oktober war wieder ein Höhepunkt der Hetze gegen die DDR. Nach neuen Plänen soll die Diffamierung des ersten deutschen sozialistischen Staates als „Unrechtsstaat“ Bestandteil von Lehrplänen werden. Die Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus wird zur Staatsdoktrin.

Ein Blick in die Vergangenheit

Nach der Befreiung vom Faschismus, der 50 Millionen Tote und die schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte gebracht hatte, sollte sich so etwas nie mehr wiederholen dürfen. Im Potsdamer Abkommen wurde die Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands beschlossen – wie auch die Entmachtung der Großkonzerne, die Hitler finanzierten und an Krieg und Verbrechen maßgeblich beteiligt waren. Dies fand auch Eingang ins Grundgesetz der BRD (s. unten). Sozialismus war herrschender Zeitgeist. Auch die CDU forderte in ihrem Ahlener Programm eine sozialistische Gesellschaft. Wie wir wis-

Stasi-Folter, keine unrechtmäßige Einweisung in die Psychiatrie...

Also mußten andere Mittel gefunden werden, um den „Unrechtsstaat“ in die Köpfe zu bugsieren, z.B. Spielfilme wie „Das Leben der Anderen“. Was nicht zu beweisen ist - weil nicht stattgefunden - wird so lange fabuliert und eingetrichtert, bis das Märchen der „roten Diktatur“ geglaubt und vergessen wird, daß der Faschismus (wenn erforderlich) eine Herrschaftsform des Kapitals ist.

(Hier soll nicht jede Kritik an der DDR abgeblockt werden; sicher sind Fehler gemacht worden. Die müssen und werden auch in der DKP diskutiert.) Im Vergleich der Systeme bleibt aber festzuhalten: Die DDR war das bessere Deutschland.

Sozialismus zum Tabu erklärt

Heute soll jeder Gedanke an den Sozialismus vermieden werden. Die Erkenntnis, daß der Kapitalismus alle großen Probleme der Welt – Kriege, Hunger, Umweltzerstörung... verur-



sen, kam es anders; sukzessive kehrten in Westdeutschland alte Nazis in Führungspositionen zurück; der Kapitalismus wurde restauriert und die Geschichte gefälscht. Der NPD u.a. Nazi-Parteien wird frei Hand gelassen **Das Lügengebäude wird errichtet** Bereits 1992 hatte der damalige Außenminister Kinkel gefordert; „Es muß uns gelingen, die DDR zu delegitimieren,“ d.h. ihr die Legitimation abzuspüren, sie zu kriminalisieren. Und die Justiz legte los: mit Beharrlichkeit wurde jedem Vorwurf nachgegangen und 100.000 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Das Ergebnis war – trotz allerlei juristischer Konstruktionen - mehr als mager: es kam zu 300 Verurteilungen. Es gab keine einzige Verurteilung wegen Zwangsadoptionen, keine

sacht, soll verhindert werden. Alle Mißstände könnten beseitigt werden, wenn der riesige Reichtum unseres Landes im Interesse derer eingesetzt würde, die ihn erarbeiten. Arbeit für alle sowie ein kostenloses Gesundheits- und Bildungswesen (wie es in der DDR war) ist keine Utopie. Es wäre mit den Rüstungsmilliarden sowie den Superprofiten locker zu finanzieren, wird aber nicht. Im Gegenteil, die Probleme verschärfen sich.

Inzwischen keimt wieder die Akzeptanz sozialistischer Ideen; die Herrschenden beklagen die "nostalgische Verklärung des Unrechtsstaates". Und sie bereiten sich auf einen möglichen Widerstand vor - durch "Sicherheitsgesetze" bis zum Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Erika Beltz

Aus dem Stadtparlament

Grüne: opportunistisch verkommen

Ob sich Tjark Sauer (Linke) für Sozialtarife bei den Stadtwerken einsetzte oder Elke Koch-Michel und einzelne Vertreter der SPD (z.Zt. Opposition!) ähnlich argumentierten:

Die Grünen sind so weit verkommen, dass sie mit Eiertänzen (Herr Greilich) und formalem Geschwafel unter

der Knute von CDU und FDP alles ablehnen. Auch von jenen, die gelegentlich ein fortschrittliches Wort riskieren, ist nichts mehr zu erwarten. Wenn Michael Janitzki (Linke) für Trennung von Datenschutzbeauftragtem und Leiter des Revisionsamtes eintritt, und damit mehr Zeit für deren

Arbeit einfordert, dann muss Frau Dr. Speiser ans Mikrofon und die Zufriedenheit der Koalition mit dem Misstand erklären. Ach, wäre doch Karin Hagemann noch in Gießen.....



Steuer für Kriegsverherrlichung

Im Stadtparlament wurde eine „Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate...“ beschlossen. So weit so gut.- Was aber von einigen übersehen und von Anhängern stattfindender „Kriegsabenteuer“ nicht zur Kenntnis genommen wurde, ist der § 4; dort sind die Gebühren festgelegt „Für Apparate, mit denen sexuelle Handlungen oder Gewalttätigkeiten dargestellt werden oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben....“ Michael Beltz wies auf Hessische Verfassung und Grundgesetz (die Kriegsvorbereitung und -Verherrli-

chung verbieten) hin, auch wenn dies für den derzeitigen Innenminister (CDU) wie auch für seine Vorgänger – zeitlich und im Geiste – keine Bedeutung habe. (Innenminister Höcherl, CSU, 1963: *„Ich kann schließlich nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen.“*) Michael Beltz forderte den Magistrat auf, im Falle des Bekanntwerdens einer entsprechenden Spielhalle, die Staatsanwaltschaft einzuschalten. Vom Magistrat nahm Dr. Kölb die Aufforderung insofern auf, als er sagte, eine derartige Spielhalle sei ihm in der Stadt nicht bekannt.

(Fortsetzung von Seite 1)

Uni-Klinikum

mand kann sich aussuchen, wann er ins Krankenhaus muß, und die wenigsten Patienten haben die Möglichkeit, auf eigenen Wunsch in eine andere Klinik zu gehen.

Wegen der Vorfälle hat die Gewerkschaft ver.di eine Internetseite „rhoenwatch.de“ eingerichtet. Dort können Beschäftigte, Patienten und niedergelassene Ärzte ihre Erfahrungen in Häusern des Rhön-Konzerns schildern, auch anonym. Vielleicht wird aufgrund aller Mängel doch mal ernsthaft darüber nachgedacht, die Kliniken wieder in öffentliches Eigentum zu überführen. Gernot Linhart

Kreis nimmt Geld für Schülerförderung

Die Schülerbetreuung bei Ganztags-Unterricht wird vom Land Hessen gefördert. Knapp 450.000 Euro erhält der Kreis Gießen in diesem Jahr dafür. Verwaltet wird das Geld von Landkreis. Man sollte meinen, daß so etwas zu den originären Aufgaben einer Kreisverwaltung gehört, für die sie durch unsere Steuern und Abgaben bezahlt wird. Trotzdem hat die Landesregierung erlaubt, daß die Kreise bis zu 5% dieses Geldes für den Mehraufwand selber einsacken können – was vom Kreis Gießen prompt auch so gehandhabt wird. An den Schulen fehlt dieses Geld dann natürlich. G.L.



Basketball (46er)

und kein Ende des Finanzbedarfs.

Das, was die Fraktion der Linken und die Bürgerliste befürchtet haben, wird immer mehr zur Realität. Die Pleite, zu deren Abwendung die Stadt mit 200.000 Euro gebürgt hat, rückt näher. Das richtige Argument der Jugendförderung, das vor einem Jahr Frau Greilich (FDP) dem Vertreter der Linksfraktion, Michael Beltz, entgegengehalten hatte, sticht nicht mehr. Jugendförderung entfällt, Gehälter können kaum noch gezahlt werden, der Kader und die Geschäftsführung sind verkleinert.

Wichtiger als dieses blamable Aushängeschild zu finanzieren, erscheint die Förderung des Schul- und Breitensports, wie das in Ansätzen in Gießen existiert (Volksläufe, Sportabzeichen usw.).

Wenn schon Aushängeschild, dann nicht mit eingekauften Spielern, die nach einem Jahr gehen, sondern z.B. Unterstützung des VfB 1900 oder der TSG Wieseck, die - wie andere auch - auf Eigengewächse (sprich: Nachwuchsförderung) bauen. Ein Quadratmeter Kunstrasen ist günstiger als das Gehalt eines Profisportlers einer GmbH. M.B.



Arbeitsbedingungen immer schlechter

Es wird wieder von Kapital und seinen Vertretern und Interessenverteidigern gejubelt, wie stark die Arbeitslosenzahlen zurückgingen. Dabei ist es interessant, einen Blick auf die neuen Arbeitsplätze zu richten. Von 2003 bis 2008 wurden geschaffen: 300.000 1-Euro-Jobs und 500 000 Mini-Jobs; dazu kommen 1,2 Millionen sonstige Teilzeitjobs. Weiter entstanden in diesem Zeitraum 400 000 Jobs als Leiharbeitsverhältnisse. Dagegen wurden rund 900.000 Vollzeit-arbeitsplätze vernichtet. 22% der abhängig Beschäftigten in Deutschland arbeiten für Niedriglöhne, das ist Rekord in Europa. Über 7 Millionen haben einen Mini-Job, darunter 5 Millionen, die nur diesen Mini-Job haben. 800 000 verkaufen sich mittlerweile auf dem „Arbeitsmarkt“ als Leiharbeiter in äußerst unsicheren Arbeitsverhältnissen. Die 300.000 1-Euro-Jobber gelten statistisch nicht als arbeitslos! Die Anzahl der existenzsichernden Vollzeit-arbeitsplätze nimmt weiter ab. Als Aufschwung bleibt nur festzuhalten: „Ein Aufschwung an schlechten Jobs.“ Wir Kommunisten wollen Arbeitsverhältnisse von denen man leben kann und auf die Lebensplanungen aufgebaut werden können. Schluß mit den Lügen vom Aufschwung! K.S.



„Truppen raus aus Afghanistan“, unter diesem Motto demonstrierten mehrere Tausend Menschen demonstrierten in Berlin und Stuttgart gegen den Krieg und die geplante Entsendung von weiteren Soldaten.

Ran an die Gewehre

Die Überschrift war gleichzeitig das Motto der Bundeswehr für den „Tag der Reservisten“ am 27.09.08. Eine weitere Militarisierung unserer Gesellschaft. Überall soll das Auftreten von Armee und Soldaten normal werden, gerade im sozialen Bereich treten Vertreter des Militärs immer öfter in die Öffentlichkeit. Dazu dienen auch immer tiefere Kontakte mit zivilen Organisationen wie u.a. THW (Technisches Hilfswerk), DRK (Deutsches Rotes Kreuz), DLRG (Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft). Besonders gefördert wird seit Januar 2007 der sogenannte Heimatschutz. Er soll als flächendeckende Organisation von Bundeswehr, Reservisten und zivilen Organisationen aufgebaut werden.

Die DKP Gießen fragt dazu: Wo ist in Gießen die Organisation des Heimatschutz angesiedelt, gibt es bereits Kontakte zur Berufsfeuerwehr in der Steinstraße in Gießen, was tragen die Stadt und der Landkreis Gießen zu dieser Entwicklung bei? Wir Kommunisten bleiben dabei: Keine Militarisierung der Gesellschaft, raus aus der Nato, Abschaffung der Bundeswehr, keine deutschen Soldaten in irgendeiner Ecke dieser Welt, keinen Raum für Reservistenverbände und militärähnliche Organisationen. K.S.

Tschü Lowi

Zur Zeit scheint in Gießen bei der Firma TAKKO, Bekleidung, Einzelhandel im Schifflinger Tal der schlechteste Lohn gezahlt zu werden.

Für ganze 3,78 E die Stunde werden hier zum Beispiel Regale aufgefüllt. Wer gleich beschissene Lohnverhältnisse in Gießen kennt kann sie der DKP mitteilen, auf Wunsch werden wir sie in den nächsten Ausgaben des Echos veröffentlichen.

Also ran an die Bleistifte und ab die Post, geht auch per Telefon, Fax und e-mail (s. Impressum). K.S.

Gießener Justiz: Genversuchs-Gegner in den Knast

Wer Ende August/Anfang September am Gießener Amtsgericht vorbeikam, hatte den Eindruck, dort fände gerade ein Prozeß gegen die Mafia oder eine gefährliche Terror-Gruppe statt. Ein massives Aufgebot an Polizei und Justizwachtmeistern war dort zu erleben. War mit der bewaffneten Befreiung von Angeklagten zu rechnen, mußten Zeugen vor Mordanschlägen geschützt werden? Nichts dergleichen, es ging lediglich gegen Jörg Bergstedt und einen seiner Freunde von der Projektgruppe Saasen in einem Prozeß wegen einer Aktion gegen ein Feld mit genmanipulierter Gerste. Die Staatsanwältin selbst bezeichnete die Respektlosigkeiten der Angeklagten als „Kindereien“, mit denen die Justiz lächerlich gemacht werden sollte. Lächerlich macht sich die Justiz aber selbst, wenn sie auf Kindereien dermaßen martialisch reagiert. Über zwei Jahre hat diese Justiz gebraucht, um die Anklage zustande zu bringen – wegen so „schwerer“ Vergehen wie Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch. Diskussionen über die Gründe für die Zerstörung der genmanipulierten Pflanzen wurden vom Richter unterbunden. Auch der Versuch der Verteidigung, die Gefahren von Freilandversuchen (unkontrollierte Verbreitung manipulierten Genmaterials) in die Verhandlung einzubringen, wurde vom Gericht abgewiesen.

Schließlich wurden die beiden Angeklagten zu jeweils 6 Monaten Gefängnis verurteilt – ohne Bewährung. Bei Überzeugungstätern wird die Bewährungsmöglichkeit von vornherein ausgeschlossen. Die Verurteilten werden Revision einlegen. Höhere Instanzen sind manchmal weniger voreingenommen als die Gießener Justiz, die Jörg Bergstedt und seine Genossen schon öfter hinter Gittern sehen wollte. G.L.

Lohnarbeit und Kapital - das Elend des Spätkapitalismus

Das Kapital hangelt sich von Blase zu Blase: Technologieblase, Immobilienblase, Rohstoffblase. Die Blasen platzen, es folgt die Krise. Die jetzige ökonomische Krise ist die schwerste seit der Weltwirtschaftskrise von 1929, da sind sich alle einig. Der Finanzsektor in den USA greift sich einen ständig wachsenden Teil des gesamtwirtschaftlichen Kuchens. Man muss sich das vorstellen: Zwischen 1982 und 2007 hat sich der Anteil der Gewinne der US-Finanzindustrie an der Wirtschaftsleistung des Landes versechsfacht. Die Banken reißen ein Drittel aller Unternehmensgewinne an sich. Das ist kein Zeichen der Stärke des Monopolkapitals. Ein zunehmend größerer Anteil des Kapitals findet in der Realwirtschaft wegen fehlender Massenkauflust keine Anlage mehr und sucht sein Heil in Spekulationsgeschäften. Diese sind

Wetten auf zukünftige Entwicklungen und da kann nur einer gewinnen, der andere verliert. Nun haben sich die Verlierer totgezockt und sind zahlungsunfähig. Alles Gottvertrauen des US-Präsidenten hilft nicht mehr: Das System bricht zusammen, wenn kein frisches Geld in Billionenhöhe einge-

nen neue Arbeitsplätze seien entstanden. Was die Kanzlerin nicht sagte: Viele dieser Jobs ernähren nicht ihren Mann und ihre Frau. Teilzeit, Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs, Niedriglohnssektor. Jeder fünfte Beschäftigte arbeitet hierzulande zu einem Niedriglohn. Und der ist dramatisch gesunken, im Zeitraum von 1995 bis 2006 um 14%. Staatliche Zuschüsse wie Hartz-IV füllen zum Überlebensunterhalt auf und schrauben die Profitrate so mit Steuermitteln künstlich in die Höhe. Die Arbeiter finanzieren über Steuern ihren Lohn selbst. Jobwunder? Fauler Zauber.

Die Welt des Kapitals ist völlig aus den Fugen. Die rechten Politiker und Medienmacher jammern: Eine Ära ist zu Ende, die Legitimation des Kapitalismus geht verloren. Andererseits haben sich viele Linke zur Meinung bekehrt: Was den Kapitalismus nicht umbringt, macht ihn nur noch stärker. Nein, aus solcher Krankheit geht keiner gestärkt hervor. Und der Kapitalismus ist alt. Vom alten Menschen sagt man: Wenn er morgens aufwacht und es schmerzt ihn nichts, steht es schlecht um ihn. Wenn der Kapitalismus keine ökonomische Blase mehr bildet, ist er in seiner Endkrise - wie lange diese auch dauern mag. Allerdings: Völlig ausweglose Lagen gibt es nicht. 1929 hieß der Ausweg Faschismus und Krieg.

Klaus Mewes



speist wird. Der Kapitalismus lebt auf Pump und die Krise entlarvt den faulen Zauber. Die andere Seite des Kapitalverhältnisses, die Lohnarbeit, gerät zur Zeit leicht aus dem Blickfeld. Wie jubelte doch noch vor wenigen Wochen die Kanzlerin? „Der Aufschwung ist bei den Menschen angekommen.“ Millio-

nen neue Arbeitsplätze seien entstanden. Was die Kanzlerin nicht sagte: Viele dieser Jobs ernähren nicht ihren Mann und ihre Frau. Teilzeit, Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs, Niedriglohnssektor. Jeder fünfte Beschäftigte arbeitet hierzulande zu einem Niedriglohn. Und der ist dramatisch gesunken, im Zeitraum von 1995 bis 2006 um 14%. Staatliche Zuschüsse wie Hartz-IV füllen zum Überlebensunterhalt auf und schrauben die Profitrate so mit Steuermitteln künstlich in die Höhe. Die Arbeiter finanzieren über Steuern ihren Lohn selbst. Jobwunder? Fauler Zauber.

Die Welt des Kapitals ist völlig aus den Fugen. Die rechten Politiker und Medienmacher jammern: Eine Ära ist zu Ende, die Legitimation des Kapitalismus geht verloren. Andererseits haben sich viele Linke zur Meinung bekehrt: Was den Kapitalismus nicht umbringt, macht ihn nur noch stärker. Nein, aus solcher Krankheit geht keiner gestärkt hervor. Und der Kapitalismus ist alt. Vom alten Menschen sagt man: Wenn er morgens aufwacht und es schmerzt ihn nichts, steht es schlecht um ihn. Wenn der Kapitalismus keine ökonomische Blase mehr bildet, ist er in seiner Endkrise - wie lange diese auch dauern mag. Allerdings: Völlig ausweglose Lagen gibt es nicht. 1929 hieß der Ausweg Faschismus und Krieg.

Klaus Mewes

Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit... Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. (Karl Marx, Das Kapital, Bd I)

Küssen verboten?

Im September eröffnete in der Neuen Bäume ein türkisches Restaurant mit schmackhaftem und preiswertem Essen, auch zum Mitnehmen, und einigen Besonderheiten:

Daß dort kein Alkohol ausgeschenkt wird, mag angehen. Aber: es darf nicht geküßt werden. Am 1. Oktober wurde dort einem sich küssenden Paar beschieden: „Das ist hier nicht gestattet.“



Wichtige Mitteilung an alle ALG-Empfänger!

Auf Grund eines kleinen technischen Buchungsfehlers wurden die ALG-Leistungen für die nächsten Monate versehentlich an die Bank „Lehman Brothers“ in den USA überwiesen.

Wir bitten Sie darum, Ihre ALG-Leistungen in der nächsten Zeit dort persönliche abzuholen. Die Auszahlung erfolgt nicht in bar, sondern ausnahmsweise in ungedeckten Schecks und Wertpapieren.

Wir bitten Sie für diesen Umstand um Verständnis.

Ihre Bundesagentur



Georg Büchner, Dichter und Revolutionär (1813 - 1837)

Am 31. Oktober 1833 immatrikulierte sich der Medizinstudent Georg Büchner an der Universität Gießen. „Hier ist kein Berg, wo die Aussicht frei sei... eine hohle Mittelmäßigkeit in allem; ich kann mich nicht an diese Natur gewöhnen, und die Stadt ist abscheulich.“ So schreibt er seiner Braut in Straßburg. Dabei geht es ihm weniger um die Landschaft als um die elenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der landgräflichen Kleinstadt. Zuvor hatte er im französischen Straßburg studiert und war dort zum revolutionären Demokraten herangereift. Die hessischen Gesetze verlangten von dem Darmstädter Studierenden, die letzten Semester an der Landesuniversität zu absolvieren, so dass er von Straßburgs revolutionärer Atmosphäre und seiner Braut Minna Jaeglé Abschied nehmen musste. In Deutschland herrschten miserable Zustände, Kleinstaaterie mit Duodezfürsten an der Spitze, Zollgrenzen, Adelsherrschaft und kriecherisches Beamtentum. Die Bauern mussten teuer für die Ablö-



Zeitungsredaktion unter Polizeiaufsicht.
Karikatur aus dem Jahr 1843

sung der Leibeigenschaft zahlen. Oppositionelle Studenten wurden bespitzelt und inhaftiert. „Die politischen Verhältnisse könnten mich rasend machen. Das arme Volk schleppt geduldig den Karren, worauf die Fürsten und Liberalen ihre Affenkomödie spielen. Ich bete jeden Abend zum Hanf und zu den Laternen.“

Büchner erkennt also schon damals, dass das liberale Bürgertum dabei ist, allen revolutionären Anspruch aufzugeben. Das Ende der heroischen Phase des Bürgertums wird Thema seines Dramas „Dantons Tod“ sein. Wenn es zum Umsturz des gesellschaftlichen Elends kommen soll, kann diesen nur die Masse der armen Bevölkerung bewirken. Das waren damals in Hessen die Bauern. Also verfasst er im Juli 1834 die Flugschrift „Der Hessische Landbote“. Unter der Losung „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ ruft er zum Aufstand in ganz Deutschland auf. Mit dieser Flugschrift will er die große Masse der Armen gewinnen. Mit statistischen Zahlen rechnet er den Bauern vor, was ihnen abgepresst wird und wie ihre Abgaben von den Reichen verprasst werden. Er tut das in flammendem Aufruf und hämmernder Sprache, in Inhalt und Form dem späteren „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels vergleichbar.

In Gießen gründete Büchner die „Gesellschaft für Menschenrechte“, die erste

frühkommunistische Vereinigung in Deutschland. Auf der Badenburger trafen sich die Verschwörer. Ein Verräter verkaufte der Polizei nach und nach Informationen, so dass ihr die meisten Exemplare des „Landboten“ in die Hände fielen. Die eingeschüchterten Bauern verhielten sich still. Büchner flieht über Darmstadt nach Straßburg. Freunde werden im Gefängnis gesundheitlich ruiniert. Der oppositionelle Butzbacher Rektor und Pfarrer Weidig kommt in der Haft nach Folterungen zu Tode. Büchner wird Privatdozent an der Universität Zürich und hält dort naturwissenschaftliche Vorlesungen über vergleichende Anatomie. Bei einer Typhusepidemie stirbt er 1837.

Der Dichter Büchner steht nach der deutschen klassischen Dichtung, Goethe und Schiller, für neue künstlerisch-politische Ziele: Nicht Erziehung der Menschen durch Auf-

zeigen eines schönen Ideals sondern revolutionäre Umgestaltung der hässlichen Realität durch die Unterdrückten selbst. Mit dem Soldaten Woyzeck betritt zum ersten Mal ein völlig Recht- und Besitzloser als Held die dramatische Bühne. Damit sprengt Büchner den Rahmen bürgerlicher Opposition. Solidarität mit den Ausgebeuteten - und seine naturwissenschaftlichen Studien - sind der Kraftquell, der ihn immer wieder von fatalistischer Verzweiflung zu revolutionärem Aufbegehren treibt. Büchner: „Der materielle Druck, unter welchem ein großer Teil Deutschlands liegt, ist ebenso traurig als der geistige, und es ist in meinen Augen bei weitem nicht so schlimm, wenn dieser oder jener Liberale seine Gedanken nicht drucken lassen darf, als dass viele Tausende Familien nicht imstande sind, ihre Kartoffeln zu schmälzen.“ Klaus Mewes

Vorträge zu Georg Büchner

Prof. Günter Oesterle auf Einladung der Stadt Gießen am 31. 10. 2008: „Neuere Forschung zu Georg Büchner“, Dr. Jan-Christoph Hauschild auf Einladung des Rosa-Luxemburg-Forums-Hessen am 19. 11. 2008: „Georg Büchner und die Gesellschaft für Menschenrechte in Hessen 1834/35“.

Beginn jeweils um 20 Uhr im Netanya-Saal des Alten Schlosses in Gießen.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 €. Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck.

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

<http://www.dkp-hessen.de>

Bitte ausschneiden und einsenden:

Ich möchte:

Informationen zum Thema:

Ich möchte Mitglieder der DKP kennenlernen

Probeexemplare der UZ - Zeitung der DKP

das Gießener Echo zur Probe

das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden

Name:

.....

Adresse:

**Redaktionsschluß für das
November-Echo: 30.10.**

Leserbriefe

Der Souverän hat nichts zu melden

Thorsten Schäfer-Gümbel, Mitglied des hessischen Landtags und des Gießener Kreistags für die SPD, stellt in einer aktuellen Pressemitteilung fest: „Die Kaufverträge zwischen dem Land und der Rhön-Klinikum-AG sind rechtsgültig, und dagegen kann weder der Landtag noch die Landesregierung etwas machen.“ Lassen Sie sich diese „nüchterne Darstellung der Fakten“ mal auf der Zunge zergehen. 2003 lässt sich Roland Koch mit absoluter Mehrheit zum Ministerpräsidenten wählen. Von einem Verkauf der Kliniken war vor der Wahl genauso wenig die Rede wie von allgemeinen Studiengebühren. Trotzdem benutzt der Ministerpräsident die von der wahlberechtigten Bevölkerung - des Souveräns im Land Hessen - an ihn abgegebene Macht, um das Eigentum der Bevölkerung, die Unikliniken nämlich, an private Investoren zu verscherbeln. Eine Volksabstimmung zu dem Sachverhalt wurde nicht durchgeführt - wo kämen wir denn da hin? 2008 dürfen die Bürgerinnen und Bürger wieder ran und verpassen der CDU einen Denkzettel. Vielleicht haben sich viele geärgert, wie die Regierung Koch mit ihrem Eigentum umgegangen ist, ohne sie zu fragen. Nun aber sind die „Verträge rechtsgültig“ - verkauft ist verkauft, Pech gehabt, zu spät.

Dem Landtag, der den Souverän vertritt, sind angeblich selbst mit veränderten Mehrheiten die Hände gebunden. Der Souverän hat vor den Privatisierungen, sei es im Gesundheits-, im Verkehrs- oder im Bildungswesen, bei dem Verkauf seines eigenen Eigentums nichts zu melden - und nachher noch weniger.

Da braucht sich auch keiner mehr über Negativ-Rekord-Wahlbeteiligungen zu wundern wie z.B. 37,9% bei den letzten Kommunalwahlen in Gießen. Die Parlamente haben ja nichts mehr zu entscheiden - warum also noch zur Wahl gehen? „Wir müssen die Welt nicht erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Heute. Durch uns!“ Thoralf Trundilson

Hammerzahlen

Jeder 7 Hauptschüler war ohne Schulabschluss

Im Schuljahr 2005 / 2006 waren es genau 13,7 Prozent. Prima Startpositionen um die wenigen Lehrstellen.

20.000 Jugendliche und junge Erwachsene „ohne festen Wohnsitz“

Nach Schätzungen des Kinderhilfswerkes „terre des hommes“ leben zumindest so viele vorübergehend auf der Straße. (Zusammenstellung: Martin Wagner)

Nicht das System hat Fehler, sondern das System ist der Fehler!

Mit einer skandalösen und menschenverachtende „Studie“ haben „Wissenschaftler“ der Chemnitzer Uni ausgerechnet: Hartz IV (351 E im Monat) ist noch zu üppig, 132 E sind völlig ausreichend. Der darauffolgende Protest war viel zu moderat. Kanzlerin Merkel konnte versichern, Hartz IV würde nicht gekürzt (obwohl die galoppierende Inflation eine permanente Kürzung bedeutet). Effekt dieses Versuchsballons: Beschwichtigung der Betroffenen - bei gleichzeitiger Vorbereitung verschärfter Sanktionen.

Ein Montags-Demonstrant schickte uns zum Thema dieses Foto eines Schildes, von einem Gasthaus in der Türkei und schrieb dazu: Schon heute haben wir uns mit massiven Vorurteilen (geschürt in fast allen Medien) der Bevölkerung her-



umzuschlagen. Vielleicht ist der alte Witz „Blüm zählt für jeden Rentner, der durch Selbstmord die Rentenkasse schont“ in der Variante „Straffreiheit für die Erschlagung von schmarotzenden Hartz-IV-lern“ irgendwann gar kein Witz mehr!? Schon allein aus Gründen der Selbstverteidigung müssen wir uns jetzt wehren. Wir müssen dringend mehr werden. Es darf kein schleicher Prozess der Gewöhnung an die gesellschaftlichen Realitäten geben. **Massenweiser Widerstand gegen Massenarmut!** Du hast keine Chance, nutze sie! Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom! Macht kaputt, was Euch kaputt macht!

und vor allen Dingen: Lasst Euch von den Rattenfängern des kapitalistischen Systems nicht (wieder) einfangen.

Martin Wagner

Beim Psychotherapeuten

Ich kenne Fälle, da gehen einfache Menschen mit psychischen Problemen zu einem Psychotherapeuten, etwa mit Ängsten, Depressionen, Sucht- und/oder Beziehungsproblemen, die zum großen Teil gesellschaftlich bedingt sind. Viele dieser Therapeuten haben die Auffassung, man solle seine bürgerliche Sozialisation akzeptieren und das Rebellentum gegen diese gesellschaftlichen Ursachen der Probleme einstellen und nach den Normen und Moral der kapitalistischen Gesellschaft leben, sich anpassen. Dies ist aber gerade angesichts der Krise des Kapitalismus gar nicht möglich (Arbeitslosigkeit). Deswegen wird man ja zum Rebell. Die „Experten“ übersehen, dass gerade diese Struktur den Menschen krank machen. In der Konsequenz heißt dies also, das (sexuelle) Unterdrückung, Arbeitslosigkeit, Krieg, Neofaschismus, Armut, Klimakatastrophe etc. zu akzeptieren sei. (Name ist der Red. bekannt)

Absolute „Schieflage“

Die „Herabsetzung“ meiner Grundsicherung im Alter durch das Sozialamt - bei steigenden Preisen wie Energie und Lebensmittel - zwingen mich dazu, auf „Zuwendungen“ angewiesen zu sein. Diese „Zuwendungen“ beansprucht aber sofort das Sozialamt!

15.12.06: 542 Euro Rente, 76,18 Euro Grundsicherung

11.08.08: 547 Euro Rente, 61,27 Euro Grundsicherung

Im Monat zur Verfügung: 182 Euro für Bekleidung, Brand, Lebensmittel...

Dies ist nur ein Beispiel, dieses Mal bei mir, wie der einzelne, der auf Sozialleistungen angewiesen ist, wieder „geschöpft“ wird. Die Absicht des „Sozialamtes“ ist klar: wenn man die Leistungen herunterfährt, wird auch kein Antrag mehr auf „Leistung“ gestellt. K-D.B

"Ordnung muß sein"

Unter diesem Titel schickte uns ein aufmerksamer Echo-Leser die August-Nummer zurück mit 17 angestrichenen Fehlern (z.T. computerbedingt, aber auch einige "Hämmer"). Leider anonym. Daher fragen wir hiermit höflich an, ob dieser Leser bereit ist, weiterhin Korrektur zu lesen - aber vor dem Druck. Es bedankt sich - die Echo-Redaktion

NO WAY!
Naziaufmarsch verhindern!
11.10.08 11H Wetzlar Busbahnhof

Beteiligt auch an den Blockaden gegen den Naziaufmarsch! Achtet auf Infos, Veränderungen und Blockadepunkte, checkt: www.318a-m.de.wu



Am 11.10. soll in Wetzlar ein Fascho-Aufmarsch stattfinden unter dem scheinbar unverdächtigen Motto „Es geschieht auch vor deiner Tür...“ Damit wollen sie auch außerhalb des rechten Spektrums Gehör finden. Das Thema behandelt sexuellen Mißbrauch von Kindern. Dadurch wollen sie Akzeptanz in der Bevölkerung für rechtsextreme Ideologien herstellen. Die Mobilisierung für die Demo spricht allerdings eine deutliche Sprache: Beantwortet wird sie u.a. auf dem extrem rechten Medienportal „Volksfront Medien“.

10. bundesweiter Kongreß der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Gewerkschaftspolitik
Über Sozialpartnerschaft hinaus zur vollen Kooperation?
 am 25./26. Oktober in Frankfurt
 Näheres über die Echo-Redaktion oder www.labournet.de/GewLinke/

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr bei den 3 Schwätzern: Protest gegen Hartz IV
Gießener Montags-Demo:
www.gimode.wordpress.com

Die Gewerkschaften und die deutsche Linke

Diskussionsveranstaltung des Gießener Linksbündnisses mit
Prof. Frank Deppe, Frankfurt
 Mittwoch, 5. November, 20 Uhr, im DGB-Haus, Dachsaal

UZ unsere zeit
 Sozialistische Wochenzeitung

Woche für Woche Antikriegszeitung

Probexemplare bzw. 10 Wochen Gratis-Abo (endet automatisch):
 UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, tel 0201-2486482,
 E-mail: UZAbot@t-online.de
www.unsere-zeit.de

Montag, 10. Nov., 18 Uhr
30. Giessener Mahngang
 zur Erinnerung an die faschistische Reichspogromnacht im November 1938

RAF-Film: Ohne Realitätsbezug

Mit großem Medien-Trara kam der Film „Der Baader-Meinhof-Komplex“ in die Kinos. Nach allen Vorberichten zu urteilen zeigt dieser Film, wie sich der kleine Moritz das Terroristen-Leben vorstellt. Die Machart scheint eine Mischung aus „Bonny und Clyde“ und „Rambo“ zu sein. Um die Figuren glaubhaft darstellen zu können, haben sich die Schauspieler angeblich intensiv mit der dargestellten Zeit beschäftigt. Wie erfolgreich, offenbarte einer dieser Moritze, nämlich der Bleibtreu (spielt im Film Andreas Baader) in einem Interview. Damals sei es ja richtig cool gewesen zu Demos zu gehen, meinte er. Die schärfsten Frauen hätte man nicht in Diskus getroffen, sondern zum Beispiel auf der Demo wegen der Kuba-Krise. Diese Krise war allerdings schon 1962, viele Jahre vor der Zeit der RAF – und von großen Demonstrationen (Demos hat man damals noch nicht gesagt, und cool auch nicht) anlässlich dieser Krise ist Zeitzeugen nichts bekannt.

Gernot Linhart

Diese Zeitung zu machen kostet Geld. Wir bitten daher um **Spenden**, auch damit wir das Echo weiterhin in hoher Auflage verteilen können.

Gießener Echo
 Konto Nr. 193070,
 BLZ 51350025
 Sparkasse Gießen
 Es dankt sehr herzlich:
 die Echo-Redaktion

Nazi nur wegen "Körperverletzung" angeklagt

Zwei Monate nach dem brutalen Überfall von Neonazis auf ein Sommercamp der Linkspartei in Nordhessen hat die Staatsanwaltschaft Kassel Anklage gegen den Haupttäter Kevin Schnippkoweit erhoben. Mit drei weiteren rechten Schlägern war er nachts in das Zelt eines 13-jährigen Mädchens eingedrungen und hatte es mit einer Gasflasche lebensgefährlich verletzt. Während der Haftbefehl noch wegen „versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung“ ausgestellt wurde, lautet die Anklage jetzt lediglich auf „gefährliche Körperverletzung und Sachbeschädigung“. Von Totschlags- oder gar Mordversuch (die niedrigen Beweggründe liegen auf der Hand) ist nicht mehr die Rede. Die Justiz wiegelt also wieder einmal ab und verharmlost rechte Gewaltverbrechen. Schnippkoweit, Kumpan des Holocaust-Leugners Marcel Wöll, ist lange als rechter Drahtzieher bekannt und hat u.a. – so die Frankfurter Anti-Nazi-Koordination – antisemitische und gewaltverherrlichende Videos im Internet veröffentlicht. Erika Beltz

Solidarität mit Kuba

Durch den Tropensturm „Fay“ und die Hurrikans „Gustav“ und „Ike“ wurden auf Kuba mehr als eine halbe Million Wohngebäude total oder teilweise zerstört. Viele Fabriken, Industriegebäude und Lager, aber auch große Teile der Ernte wurden zerstört. 135.000 Tonnen Zitrusfrüchte sowie fast die Hälfte der Zuckerrohrproduktion fielen „Ike“ zum Opfer. Kuba braucht nun internationale Unterstützung, nachdem es durch exzellente Organisation der Schutzmaßnahmen zu nur sieben Todesopfern gekommen ist. **Die DKP ruft zu Spenden auf: Konto Nummer 253525-502 bei der Postbank Köln, BLZ 370 100 50.**